

Impulspapier

„Demokratie in der Krise? – 30 Jahre nach der demokratischen Wende – die Zukunft Europas gestalten“

Zum 3. Oktober 2021 sagte die Deutsche Bundeskanzlerin zum ‚Tag der Deutschen Einheit‘: „Die Demokratie wurde von den Bürgerinnen und Bürgern der DDR vor 30 Jahren errungen. Sie ist nicht selbstverständlich da; sie muss immer wieder gelebt, gestaltet und geschützt werden.“ Damit hat sie die Aussagen der TeilnehmerInnen in Jena und Lüneburg quasi zusammengefasst.

In Bulgarien ist die Demokratie in der Krise. Das Votum aus Bulgarien: wir müssen die Demokratie durch die Methoden eines demokratischen Rechtsstaates, durch bürgerliche Beteiligung am politischen Leben Bulgariens erreichen. „Redefreiheit und Menschenrechte gehören zu den wichtigsten "Stolpersteine" der Demokratie in unserem Land, aber auch in anderen europäischen Ländern. Das Zentrum für Demokratieforschung führte eine Umfrage unter den Bulgaren zu ihrer Meinung zur Lage im Land durch. Die Ergebnisse sind traurig: 59% unserer Mitbürger denken, dass sich, egal welche politische Kraft an der Macht ist, nichts ändern wird. Über ¾ der Gesellschaft glaubt, dass die Oligarchen die Agenda im Land bestimmen. Mehr als die Hälfte der Befragten glaubt, dass die Medien in unserem Land nicht frei sind. Hinzu kommt, dass der Autoritarismus auf dem Vormarsch ist und Bulgariens demokratische Zukunft ernsthaft in Frage gestellt wird.“

In Spanien sind der Separatismus und die hohe Jugendarbeitslosigkeit die Herausforderungen für die Demokratie. Gerade junge Bürger fühlen sich nicht ernst und wichtig genommen. Deshalb sinkt das Vertrauen in die Politik, das Vertrauen zu Europa und damit in die Demokratie.

Insgesamt nimmt das Konsortium wahr, dass in den letzten Jahren durch Fake News die Gefahr von Desinformation in den digitalen Medien dramatisch gestiegen ist und die Demokratie auch dadurch mit Verschwörungstheorien überhäuft wird.

Hier die wichtigsten Impulse aus den Workshops und Debatten:

1. Die Werte der Demokratie: Freiheit, Menschenwürde, Respekt, Gerechtigkeit, Meinungs- und Pressefreiheit - sind in allen Ländern und Generationen sehr geschätzte Werte, die es gilt zu schätzen und zu schützen.
2. Durch die Pandemie und die Einschränkungen von Grundrechten, gilt es das Vertrauen in die Politik und in die Demokratie zurückzugewinnen.
3. Übereinstimmend war in allen beteiligten Ländern der Wunsch: Bürgerinnen und Bürger mehr und direkter in Entscheidungen und Gestaltung von Politik einzubeziehen.



4. 30 Jahre nach der „Demokratischen Wende“ und auch in Spanien nach dem Franko-Regime sind noch immer keine vertrauensvollen Strukturen der Demokratie für Bürgerinnen und Bürger sichtbar. Korruption, Separatismus, Nationalismus und Rechtspopulismus sind Herausforderungen und stellen mögliche „Krisen“ der Demokratie dar. Sie gilt es stärker ernst und in den Blick zu nehmen.
5. Dafür ist aus Sicht aller Beteiligten eine bessere und intensivere Geschichts- und Politische Bildung von Jahrgang 5 an nötig – in allen europäischen Ländern. Die Bildung von Demokratie-Mündigkeit gehört auf die Agenda jeglicher Schulbildung. Dafür braucht der Geschichts- und Politik-Unterricht eine höhere Wertschätzung.
6. Zur Umsetzung der demokratischen Werte gehört auch persönliche, wirtschaftliche und soziale Sicherheit. Es wurde sehr deutlich, dass die Politik deshalb besonders gegen „Angst-Macher“ und andere populistischen Parolen gegensteuern muss. Bürgerinnen und Bürger müssen aktiv einbezogen werden – wie z.B. durch die Aktivitäten dieses Erinnerungsprojekts.
7. Die Solidarität Europas ist aktuell gefragter denn je. In der Zeit der Pandemie, den politischen Wegen von Ungarn und Polen und auch die Uneinigkeit in der Migrationsfrage haben das Vertrauen in die EU und ihre Politik nicht gestärkt. Solidarität ist nicht einfach – in dieser Herausforderungsfrage ist sie allerdings von großer Bedeutung. Die Bürger nicht nur in Europa verlieren ansonsten den „Glauben“ an Europa gänzlich. Denn populistische Parteien in ganz Europa greifen diese Themen immer wieder auf und legen damit den Finger in eine Wunde, zu der alle Regierungen Europas sich verhalten müssen.



Koordinator:

Recht in Europa e.V.

Weißenfels Straße 13

07743 Jena, Deutschland

www.recht-in-europa.eu/

Mit seinen Partnern:



Miteinander in Europa e.V.

aus Deutschland

www.miteinander-in-europa.eu



Lernwerkstatt Europa e.V.

aus Bulgarien

www.lernwerkstatt-bg.eu



AIFED

aus Spanien

aifed@aifed.es

